Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.50 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung“ gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 22. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 47. Halle, Donnerstag, den 29. Januar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Dänische Enttäuschungen.

Kopenhagen, 28. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) „Berlinske Tidende“ meldet: Nach einem Telegramm aus Hadersleben sind in dieser Zone viel mehr deutsche Stimmen als dänische zu erwarten. Infolgedessen rechnet man auch in dänischen Kreisen selbst in der ersten Zone vielfach damit, die Stimmenmehrheit nicht zu erreichen.

Erhöhung der Güter- und Tiertarife.

WTB. **Berlin**, 28. Jan. (Drahtnachricht.) Die deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz haben mit Rücksicht auf die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben infolge der Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter und aller Materialpreise beschlossen, zum 1. März 1920 eine allgemeine Erhöhung des Güter- und Tiertransportes auf 100 Prozent eintreten zu lassen. Die dringende Notwendigkeit, die Erhöhung sofort durchzuführen, hat die Regierungen gezwungen, auch diesmal wieder die Form der prozentualen Tariferhöhung zu wählen. Die ständige Tarifkommission und der Ausschuß der Verkehrsinteressenten sind mit der systematischen Einarbeitung der seit Kriegsbeginn eingetretenen Tariferhöhungen der Güter- und Tiertarife beschäftigt. Auch eine **Erhöhung des Personentarifs** ist grundsätzlich beschlossen worden. Ueber das Maß der Erhöhung und den Zeitpunkt der Durchführung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Meldungen von Werkstättenarbeiten zu neuen Bedingungen.

WTB. **Berlin**, 28. Jan. (Drahtnachricht.) Bis zum Mittag des Tages, an dem sich die Arbeiter der geschlossenen **Eisenbahnwerkstätten** zur Einstellung unter den neuen Arbeitsbedingungen melden durften, hatten sich bei jeder der geschlossenen Werkstätten in Berlin und Breslau, sowie in Nies bereits mehrere hundert Arbeiter gemeldet. In Sebaldsbrück lagen 70 Meldungen vor. Aus mehreren Bezirken fehlen noch die Nachrichten. In Calbe und Jena hatten die **radikalen Arbeiter besondere Vorkehrungen** getroffen, um die auch hier zahlreichen Arbeitswilligen an der Meldung zu verhindern. Für ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen ist überall gesorgt.

Arbeiterangebote für die Eisenbahnwerkstätten.

WTB. **Berlin**, 27. Januar. Nach Schließung der Eisenbahnwerkstätten haben sich dem Eisenbahnministerium von verschiedenen Seiten Arbeitsgemeinschaften nach dem Muster der von Hauptmann Schmude gegründeten Angeboten, um die Arbeit in den geschlossenen Werkstätten zu übernehmen. Den Arbeitsgemeinschaften stehen sachverständige Führer und in den Angehörigen der früheren technischen und Eisenbahntruppen auch geeignete Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung. Das Eisenbahnministerium ist diesem Angebot einstweilen noch nicht näher getreten.

Das Befinden Erzbergers.

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtnachricht) Amtlich wird über das Befinden Erzbergers heute abend mitgeteilt: Heute vormittag hat eine Untersuchung des Ministers durch Professor Plesch und den hinzugezogenen Chirurgen Prof. Hildebrandt stattgefunden. Die Untersuchung ergab, daß die Schwellung und Schmerzhaftigkeit der Schußwunde noch wenig Veränderung erlitten hat. Eine Infektion der Schußwunde ist nicht eingetreten. Die Temperatur ist normal, der Puls noch hoch, er beträgt 120 in der Minute. Die sonstigen Folgeerscheinungen des gestrigen Kollapses bestehen noch. Der Patient ist erschöpft und noch sehr schonungsbedürftig und darf nur die wichtigsten Staatsgeschäfte erledigen. Unmittelbare **Lebensgefahr besteht nicht.**

Verminderung der Ententetruppen in Danzig.

WTB. **Danzig**, 28. Jan. (Drahtnachricht.) Die Zahl der Ententetruppen — es waren bisher zwei englische und ein französisches Bataillon vorgesehen — ist um ein englisches Bataillon vermindert worden.

Asquith über das Geschäft in der Welt.

WTB. **Paisley**, 28. Jan. (Drahtnachricht.) Reuter. Asquith hat gestern abend die Wahlkampagne formell eröffnet. Das Geschäft in der Welt muß wieder begonnen werden. Laßt alle Länder dazu kommen, unsere früheren Feinde, die Alliierten, die Neutralen und uns selbst. Er fuhr fort: Eine besondere Organisation ist gegen die reaktionäre Gesetzgebung und die Regierung des Wahnsinns und der Extravaganzen notwendig. Man darf nicht fortfahren, sich durchzuborgen, sondern müsse seinen Verbindlichkeiten nachkommen. Die Verminderung der Schulden sei von überwiegender Bedeutung.

Kehraus in der britischen Marine.

Basel, 28. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) „Daily Mail“ meldet: Die britische Admiralität hat beschlossen, 120 Schiffe aus der Marine auszuscheiden. Es handelt sich um Schiffe alten Systems. Ein Teil der Fahrzeuge wird verkauft. **Polen** wird mehrere Schiffe erwerben. Etwa 10 Schiffe werden desarmiert und zerlegt und die Materialien im einzelnen verkauft.

Lord Haig legt den Oberbefehl nieder.

Amsterdam, 28 Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Londoner Meldung des „Allgemeen Handelsblad“ wird Feldmarschall Haig am 1. Februar den Armeeoberbefehl niederlegen. Lord Haig wird sich aus dem militärischen Leben zurückziehen. Mit seinem Ausscheiden übernimmt wieder das Kriegsamt wie vor dem Kriege die Oberste militärische Gewalt.

Amerikanischer Kredit für Europa.

Kopenhagen, 28. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Amerikanische Finanzleute fordern dazu auf, die europäischen Länder möglichst bald mit Kredit zu unterstützen, damit der Dollar wieder auf seinen alten Stand zurückgeführt werden könne. Der Bezug von Waren aus Amerika sei sehr zurückgegangen, da niemand mehr dort kaufen wolle.

Der italienische Eisenbahnerstreik.

Basel, 28. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Secolo“ meldet, daß in den oberitalienischen Städten das Militär nach wie vor bereitsteht. Viele Soldaten erhielten Einberufungsbefehle. In Mailand und Rom sei eine Anzahl Eisenbahner verhaftet worden, die Attentate auf die Eisenbahnwerkstätten verübt hätten. Die Lage im italienischen Eisenbahnerstreik, die in den letzten Tagen eine Neigung zur Besserung zeigte, ist seit gestern nach römischen Meldungen wieder verschärft. Die zwischen den Führern der Ausständischen und dem Eisenbahnminister geführten Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit haben zu keiner Einigung geführt.

Lansing über die Auslieferungsfrage.

Nur mit Gewalt....

WTB. **Amsterdam**, 28. Januar. „Telegraaf“ meldet aus Washington: Bevor die Antwortnote der niederländischen Regierung auf das Ersuchen der Alliierten um Auslieferung des Kaisers an sie abgesandt wurde, kannten bereits alle alliierten Regierungen ihren Inhalt. Lansing erklärte in einer Versammlung in Boston, Amerika werde sich in der Frage der Auslieferung des Kaisers niemals den Alliierten anschließen. **Nur mit Gewalt sei eine Auslieferung zu erzwingen.**

Verurteilung des Kaisers in contumaciam?

WTB. **London**, 28. Januar. Havas meldet: In offiziellen Kreisen Londons besteht die Absicht, keinerlei wirtschaftlichen Druck auf Holland betreffend die Auslieferung des Kaisers auszuüben. Es soll beschlossen werden, den Kaiser in contumaciam zu verurteilen.

Die Lage in Bombay.

WTB. **Amsterdam**, 28. Januar. Englischen Blättern vom 26. Januar zufolge ist die Lage in Bombay infolge des Streiks der Fabrik- und Dockarbeiter ernst. Im Fabrikteil der Stadt wurden die Läden von der Menge **geplündert** und Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen. Polizei und Truppen mußten einschreiten. Durch Schüsse wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verwundet.

Clemenceau reist nach Aegypten.

WTB. **Paris**, 28. Jan. Clemenceau wird am 3. Febr. auf dem Dampfer „Lotus“ nach Aegypten abreisen.

Kohlenmangel in Frankreich.

WTB. **Paris**, 28. Januar. „Petit Journal“ meldet, daß 10 000 Arbeiter mehrerer metallurgischer Betriebe in Billancourt infolge Kohlenmangels zum Feiern gezwungen sind.

Koltschak im Gefängnis.

WTB. **Amsterdam**, 28. Januar. Laut „Telegraaf“ meldet „Times“ aus Wladiwostock, daß Horwack sich in Charbin zum Oberbefehlshaber ausgerufen hat. Koltschak wurde ins Gefängnis geworfen. **Eine Eisenbahnladung mit Gold**, die sich bei ihm befand, haben die **Tschechen in Händen.**

Furchtbare Lage der Kriegsgefangenen in Turkestan

WTB **London**, 28. Januar. Reuter. „Westminster Gazette“ meldet, daß einem Ausschuß des Roten Kreuzes erlaubt wurde, sich nach Odessa zu begeben, um die Not unter den Kriegsgefangenen in Turkestan zu lindern. 60 000 seien bereits an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen, der Rest von 40 000 sterbe schnell dahin.

Ankunft deutscher Gefangener aus Frankreich.

WTB. **Offenburg**, 28. Januar. Nachts ist über Straßburg hier der erste Gefangenentransport in Stärke von 1085 Mann eingetroffen und nach dem Durchgangslager Rastatt weiter geleitet worden. Die Gefangenen kamen aus den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs.

Die Auslieferungsfrage.

Von einem bekannten **Völkerrechtslehrer** wird uns geschrieben:

Die Auslieferungsfrage nähert sich jetzt dem kritischen Stadium. Allerdings kann man nicht sagen, daß unsere Feinde mit ihrer Inangriffnahme bisher viel Geschick bewiesen haben. Mit ihrer Forderung der Auslieferung des Kaisers haben sie sich eine glatte Niederlage zugezogen. Das kleine Holland hat auf diese Forderung mit einer solchen Festigkeit und Würde erwidert, daß die Ententeregierungen sich nach der zutreffenden Auffassung eines englischen Blattes geradezu lächerlich gemacht haben. Freilich wird Herr Lloyd George, der auf die Auslieferung ganz besonderes Gewicht legen soll, sich hiermit schwerlich ohne weiteres zufrieden geben wollen. Aber **auf die Stimmung der feindlichen Völker** kann dieser erste große Mißerfolg nicht ohne Wirkung bleiben. Führt er doch der ganzen Welt nur gar zu deutlich vor Augen, daß allzu scharf schartig macht und ein zu stark gespannter Bogen schließlich auch einmal brechen kann.

Es ist zu hoffen, daß der Uebermut der Sieger, der nicht zuletzt in den Bestimmungen des Friedensvertrages über die Auslieferungen seinen Ausdruck findet, jetzt an seinem Höchstpunkt angelangt ist und daß die Feinde über die Auslieferungsfrage in weitere Verhandlungen eintreten. Wir sind ihnen durch das vor kurzem erlassene Reichsgesetz über die Bestrafung von Kriegsverbrechen außerordentlich weit entgegengekommen. Wir haben nicht nur für die Aburteilung dieser Verbrechen unser höchstes Gericht, dessen Rechtsprechung sich eines vortrefflichen Rufes unter allen Kulturvölkern erfreut, zur Verfügung gestellt, sondern auch den Feinden eine Mitwirkung bei den Strafverfahren eingeräumt, die weit über alles hinausgeht, was bisher in ähnlichen Fällen fremden Regierungen gewährt worden ist. Die österreichisch-ungarische Regierung verlangte in dem Ultimatum an Serbien nach der Mordtat von Serajewo eine sehr viel geringere Mitwirkung bei der Strafverfolgung der Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und erregte mit dieser Forderung einen lebhaften Entrüstungssturm gerade in den Ländern der Entente.

Hiernach sollte man annehmen, daß der Erlaß des erwähnten Gesetzes von unseren Gegnern als starkes Entgegenkommen angesehen wird, so daß es ihnen den Rückzug in der Auslieferungsfrage etwas erleichtert. Es ist auch bei einigen Völkern offenbar schon die Neigung vorhanden, diesen Weg zu betreten. Italien und die Vereinigten Staaten legen keinen Wert auf die Ausführung des Art. 228 Abs. 2 des Friedensvertrages, wonach unsere Regierung den alliierten und assoziierten Mächten oder derjenigen Macht von ihnen, die einen entsprechenden Antrag stellt, alle Personen ausliefern soll, die ihr auf Grund der Anklage, sich gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges vergangen zu haben, bezeichnet werden. Ja, selbst Belgien soll sich, wie verlautet, mit der Aburteilung der Beschuldigten durch das Reichsgericht begnügen wollen. Man beginnt eben einzusehen, daß man den Bogen überspannt hat und durch die Ausübung eines brutalen Druckes die Annahme einer Forderung durchgesetzt hat, die tatsächlich nicht durchzuführen ist.

Denn darüber müssen sich unsere Feinde klar werden, daß sie zwar die Unterschrift unter diesen Artikel erpreßt haben, daß aber damit die Schwierigkeiten der Ausführung dieser Bestimmung für sie wie für uns keineswegs erledigt sind. Gewiß, die Sache liegt für die Entente nach dieser Richtung formell etwas günstiger wie die der Auslieferung des Kaisers. In letzterer Beziehung haben wir uns zu gar nichts verpflichtet, und haben es die Feinde ausschließlich mit dem neutralen Holland zu tun. Aber nur formell liegt die Sache jetzt für die feindlichen Regierungen günstiger. Denn tatsächlich ist die deutsche Regierung ebensowenig in der Lage, die deutschen Landsleute den Feinden auszuliefern, wie Holland rechtlich befugt ist, das anerkannte Asylrecht durch die Auslieferung des Kaisers zu verletzen. Keine deutsche Regierung wird es wagen können, die geforderte Auslieferung auszuführen. Und was soll dann geschehen, wenn sich keine Regierung zu solchen Henkerdiensten bereit findet?

Deshalb wird man hoffentlich in den Kreisen der feindlichen Völker rechtzeitig zur Einsicht kommen und von einer Forderung ablassen, deren hartnäckige Verfolgung zu ganz unabsehbaren Folgen führen müßte. Der Weg zu einer anderweitigen Regelung ist von unserer Seite gezeigt. Mögen die Ententeregierungen uns ihr Belastungsmaterial vorlegen und dann zunächst einmal abwarten, welche Schritte die deutsche Rechtspflege hierauf einschlagen wird. Sie brauchen ja vorläufig nicht ausdrücklich auf die Auslieferung zu verzichten. Auf diese Weise dürfte allen Teilen am besten geholfen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200129014/fragment/page=0001

Das Kontrollrecht der Arbeitervertreter nach dem Betriebsrätegesetz.

Das demnächst in Kraft tretende Betriebsrätegesetz gibt den Betriebsräten ein weitgehendes Recht der Kontrolle der Betriebsleitungen. Der Arbeitgeber ist nach diesem Gesetz zunächst verpflichtet, dem Betriebsausschusse, oder, wo ein solcher nicht besteht, dem Betriebsrat, über alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß zu geben und ihm die Lohnbücher, sowie die zur Durchführung von Tarifverträgen erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Diese Auskünfte können nur verweigert werden, soweit dadurch Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden oder gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Ferner ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Betriebsrat oder Betriebsausschuß vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten. Das Gesetz verpflichtet nun zwar die Mitglieder des Betriebsausschusses und des Betriebsrats, über die ihnen vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren, aber irgendwelche Strafbestimmungen zur Wahrung dieser Schweigepflicht sind nicht erlassen worden.

Noch weitergehende Pflichten legt das Gesetz denjenigen Unternehmern auf, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind und in der Regel mindestens 300 Arbeitnehmer oder 50 Angestellte beschäftigen. In diesen Betrieben können die Betriebsräte oder, wo solche bestehen, die Betriebsausschüsse verlangen, daß ihnen alljährlich, vom 1. Januar 1921 ab, nach Maßgabe eines hierüber noch zu erlassenden weiteren Gesetzes, eine Betriebsbilanz und eine Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird. Auch hier legt das Gesetz den Betriebsräten und Betriebsausschüssen Stillschweigen über die ihnen vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben auf, aber Strafbestimmungen gegen Verletzung dieser Schweigepflicht fehlen auch hier.

Endlich steht den Betriebsräten noch ein besonderes Kontrollrecht in denjenigen Betrieben zu, für die ein Aufsichtsrat besteht. Das sind also in erster Linie die Aktiengesellschaften und sonstige Gesellschaftsunternehmungen. Hier werden nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer, sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Diese Betriebsrats-Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme, erhalten jedoch keine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung. Auch für sie besteht Stillschweigepflicht ohne jede Strafbestimmungen für Uebertretungen.

Ausgenommen von der Pflicht zur Vorlegung der Bilanzen und zur Aufnahme von Betriebsrats-Vertretern in den Aufsichtsrat sind nur Betriebe oder Unternehmungen, die auf ihren Antrag durch die Reichsregierung von diesen Pflichten befreit werden, weil wichtige Staatsinteressen dies erfordern, sowie Betriebe, die politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen Interessen dienen. Dafür hat dann in diesen Unternehmungen der Betriebsausschuß oder, wo ein solcher nicht besteht, der Betriebsrat das Recht, falls ein Aufsichtsrat besteht, Anträge und Wünsche hinsichtlich der Arbeitnehmerverhältnisse und der Organisation des Betriebes an den Aufsichtsrat zu bringen und sie durch einen oder zwei Beauftragte im Aufsichtsrat zu vertreten. In den zur Beratung dieser Anträge anzuberaumenden Aufsichtsratssitzungen haben die Vertreter des Betriebsrats beratende und beschließende Stimme.

Wie diese außerordentlich weitgehenden Kontrollrechte, gegen die von vielen Seiten die stärksten Bedenken geäußert worden sind, auf die deutsche Industrie wirken werden und ob das Stillschweigegebot wirklich überall gewahrt werden wird, das wird die Zukunft lehren. Alle Beteiligten werden sich gewiß klar darüber sein, daß ein Gesetz, das die Industrie etwa schädigt und das Betriebsgeheimnis gegenüber der inländischen und ausländischen Konkurrenz nicht genügend sichert, auf die Dauer nicht lebensfähig sein wird. Die Betriebsräte werden sich klar darüber sein müssen, daß sie sich selbst das Bett machen, in welchem sie schlafen werden.

Die Lage im Ruhrrevier.

WTB. Berlin, 28. Jan. Zur Lage im Ruhrrevier erklärte Reichskommissar Severing dem Vertreter der „Voss. Ztg.", durch die Stellungnahme der vier Bergarbeiterverbände, welche einmütig die Einführung der Sechsstundenschicht vor ihrer internationalen Regelung abgelehnt haben, sei die Gefahr eines allgemeinen Streiks beseitigt. Ausgeschlossen sei es jedoch nicht, daß die Syndikalisten und Kommunisten trotzdem Versuche auf Erzwingung der Sechsstundenschicht unternehmen würden. Demgegenüber, erklärte Severing, wird fest zugepackt. Mit Streikenden wird nicht verhandelt. Alle Streikenden gelten als entlassen. Schutz vor Maßregelungen wird die Regierung in diesem Falle nicht gewähren. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um durch die Bereitstellung ausreichender Machtmittel eventueller Unruhen Herr zu werden. Angesichts der Ruhe und Besonnenheit des größten Teils der Bergarbeiter glaube ich jedoch nicht, daß die Polizeiorgane in Tätigkeit zu treten brauchen.

WTB. Essen (Ruhr), 28. Januar. Auf der Hauptversammlung des alten Bergarbeiterverbandes in Bochum hat einer der Delegierten der Bergarbeiter versucht, den Hinweis darauf, daß unser Wirtschaftsleben bei dem durch eine weitere Verkürzung der Schichtzeit entstehenden Förderausfall in ganz kurzer Zeit völlig zusammenbrechen müsse, durch die Behauptung zu entkräften, daß die ungenügende Kohlenförderung auf den Mangel an Material, Wagen und elektrischen Strom zurückzuführen sei. Auch in Zuschriften in der Arbeiterpresse ist in jüngster Zeit mehrfach auf den starken Materialmangel im Bergbau hingewiesen und hierbei die Ansicht vertreten worden, daß dieser Uebelstand von Arbeitgeberseite absichtlich verheimlicht werde. Wie WTB. dazu von zuständiger Seite erfährt, liegt nicht die geringste Veranlassung vor, aus dem Mangel an Betriebsmaterialien im Bergbau ein Geheimnis zu machen. In der Presse ist auch von jeher immer wieder hervorgehoben worden, welche außerordentlichen Hindernisse der Materialmangel einer geregelten Betriebsführung bereitet. Der Mangel hat sich namentlich in den letzten Monaten derartig verschärft, daß die Bergwerke selbst mit Stillegung bedroht sind, weil eine Reihe von Fabriken, deren Erzeugnisse im Bergbau unentbehrlich sind, außer Betrieb gesetzt werden mußten. Von den Arbeitern wird bei den Erörterungen über Materialmangel und Kohlennot in der Regel Ursache und Wirkung verwechselt. Es soll keineswegs bestritten werden, daß manche Betriebsmaterialien schon während des Krieges schwer zu beschaffen waren. Der jetzt herrschende Mangel an wichtigsten Gegenständen (Förderseilen, Sprengstoffen usw.) ist indessen zweifellos die Folge des starken Förderrückganges, der in der Hauptsache durch die Verkürzung der Arbeitszeit von 8½ auf 7 Stunden entstanden ist. Die auch den Bergarbeitern durch Betriebseinschränkungen oder Stillegung drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit kann nur dadurch gebannt werden, daß mit den vorhandenen und zu beschaffenden Materialien eine Steigerung der Kohlenförderung erreicht wird, die es ermöglichen würde, die jetzt stillgegenden, für den dringendsten Bergbaubedarf arbeitenden Werke wieder in Betrieb zu setzen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Die Bergleute allein haben es in der Hand, die traurigen Folgen der Arbeitslosigkeit von sich und ihren Familien abzuwenden.

Die Verkehrslage im Ruhrrevier.

WTB. Essen, 28. Jan. Die Eisenbahnverkehrsverhältnisse sind unter Nachwirkung des Eisenbahnerstreiks nach wie vor sehr still. Die abgestellten Wagen, namentlich zahlreich beladene Kohlenwagen, konnten bisher nicht abbefördert werden. Dazu kommt, daß in Hohen-Budberg (früher Verschiebebahnhof bei Mörs) die Teilstreiks noch immer anhalten und außerdem der Bestand von Lokomotiven denkbar ungünstig ist. Die Wagengestellung betrug in der vergangenen Woche im Werktag durchschnittlich etwa 16 000 Wagen bei einer Fehlziffer von durchschnittlich 2250 Wagen. Infolge dieser Verhältnisse haben sich die Kohlenbestände, die sich am 17. Januar auf 811 028 Tonnen beliefen, bis zum 24. Januar auf 884 935 Tonnen vermehrt. Die Versorgung Süddeutschlands mit Brennstoff ist in den letzten Tagen auf dem Eisenbahnwege nach Möglichkeit verstärkt worden, so daß wenigstens der Bedarf an Eisenbahndienst-Kohlen in den einzelnen süddeutschen Staaten gedeckt werden konnte. Der Verkehr auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen hat mit dem Zurücktreten des Hochwassers allmählich wieder aufgenommen werden können. Schiffsraum ist genügend vorhanden, dagegen fehlt es stark an Schleppkraft. Seit dem 22. Januar ist der Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen wieder im Gange.

Bergarbeiterstreik im Zwickauer Revier.

WTB. Leipzig, 28. Januar. Die Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlenrevier Lugau-Oelsnitz-Zwickau sind wegen Ablehnung der Forderungen der Bergarbeiterunion durch den Bergbaulichen Verein heute in den Streik getreten.

Bayerns Landtag und das Erzberger-Attentat.

WTB. München, 28. Januar. In der heutigen Plenarsitzung des bayerischen Landtags ergriff Landtagspräsident Schmitt das Wort zu einer Kundgebung betreffs des Mordanschlages auf Reichsfinanzminister Erzberger. Den Grund zu diesem Mordanschlag hätten gelegt, die in den heutigen politischen Kämpfen so oft unzutreffenden persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen des politischen Gegners und der im öffentlichen Leben überhaupt stehenden Personen und die Verherrlichung des politischen Mordes als Heldentat. (Sehr richtig! links.) Wir verabscheuen diese Tat ohne Unterschied der Partei. Aus aller Kraft müssen wir darnach streben, daß durch die Art unserer Arbeit in diesem Hause dem Volke wieder der Boden zur nötigen Selbstbestimmung, Selbstdisziplin und zur Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender bereitet wird.

Der Präsident erbat und erhielt die Genehmigung, dem Reichsfinanzminister Erzberger die besten Wünsche der Volksvertretung Bayerns für baldige dauernde Genesung zu übermitteln. Ferner erklärte der Präsident, daß der Landtag mit der Ernennung des Ministerialrats Kosler zum Finanzminister einverstanden sei.

Graf Arco in Landsberg.

WTB. München, 28. Januar. Graf Arco ist zur Erstehung seiner Strafe nach der Festungshaftanstalt Landsberg in Oberbayern verbracht worden.

Aus der Untersuchungshaft entlassen.

WTB. Berlin, 28. Jan. Der vor einigen Tagen unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftete Vorsitzende der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Frankfurt am Main, Köpe, ist laut „Vorwärts" aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 28. Jan. Die 106. Sitzung beginnt mit der

Abstimmung über die Anträge betreffend die Erzeugerpreise

für Getreide, Kartoffeln, Zucker und die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker. Angenommen wird der Antrag Friedberg (Dem.), wonach für solche landwirtschaftliche Erzeugnisse, für die die Zwangswirtschaft aufrechterhalten wird, schon jetzt Preise für die nächste Ernte festgesetzt werden sollen in solcher Höhe, daß sie der Gefahr eines Rückganges der Erzeugung entgegenwirken, indessen den Landwirten für einen ausgedehnten Kartoffelbau hinreichende Saatkartoffeln belassen werden. An den landwirtschaftlichen Ausschuß werden verwiesen der Antrag Porsch (Ztr.) auf die der Teuerung entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter, der Antrag Peters-Hochkönn (Soz.), die Arbeitgeber zu verpflichten, die durch Annahme des Antrags Friedberg hervorgerufene Verteuerung der Lebensmittel durch Gehalts- und Lohnerhöhung voll auszugleichen, und ein Antrag Friedberg (Dem.), sobald die Ernte 1920 zur Verfügung steht, alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Milch und Getreide freizugeben.

Ueber die Frage, ob der

Antrag Schreiber-Halle (Dem.),

sowie der Antrag Kessel (Dn.) auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker mit Beginn des nächsten Wirtschaftsjahres unter Hinzufügung einiger Maßnahmen zur Begünstigung des Rübenbaues noch im Ausschuß beraten werden soll, findet namentliche Abstimmung statt. Die Verweisung an den landwirtschaftlichen Ausschuß wird mit 181 gegen 102 Stimmen beschlossen. An den Ausschuß geht auch zurück sein Antrag, eine sofortige Festsetzung von angemessenen, den Rübenbau lohnenden Zuckerpreisen herbeizuführen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dallmer (Dn.) auf Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der landwirtschaftlichen und rein gewerblichen Zwecken dienenden Hausangestelltenrechts bei der Schaffung eines Hausangestelltenrechts und des Antrages Schmidt (Soz.) auf reichsgesetzliche Regelung der Landarbeiterverhältnisse.

Abg. Paetzel (Soz.): Die reichsgesetzliche Regelung der Landarbeiterfrage ist notwendig.

Abg. Bergmann (Ztr.): Der Wohnungsfrage auf dem Lande ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch der Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zu wünschen.

Abg. Riedel-Charlottenburg (Dem.) empfiehlt einen Antrag seiner Partei im Anschluß an ähnliche Anträge des Ausschusses, in dem die baldige Einbringung der vom Reichskanzler angekündigten Gesetzentwürfe zur Regelung des allgemeinen Arbeiterrechts und der Schiedsgerichtsbarkeit für Arbeitsfragen gefordert wird.

Abg. Dallmer (Dn.) befürwortet seinen Antrag.

Abg. Klausner (U. S.): Der Arbeiter muß auch in wirtschaftlichen Dingen unabhängig sein.

Der Antrag Friedberg auf Regelung des allgemeinen Arbeiterrechts und der Schiedsgerichtsbarkeit wird angenommen. Damit sind die anderen Anträge erledigt.

Es folgt die Beratung von Anträgen über die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten.

Abg. Frau Kähler (Soz.): In dem Arbeitsrecht sollte eine verkürzte, höchstens

neunstündige Arbeitszeit für die Hausangestellten

festgelegt werden. Ebenso muß ihnen anständige Wohnungsgelegenheit gewährt werden.

Abg. Frau Hatzberger (Ztr.): Eine einheitliche schematisierende Regelung der Hausangestelltenfrage ist nicht möglich. Auch die Festsetzung der Arbeitszeit trägt der Eigenart des Hausdienstes nicht Rechnung.

Abg. Frau Dönhoff (Dem.): Die gesetzliche Regelung ist erforderlich und nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Donnerstag 12 Uhr: Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Aufhebung des Belagerungszustandes; andere Anträge und Anfragen.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Das Aufgeld für Zollzahlung.

WTB. Berlin, 28. Jan. Nach einer Bekanntmachung zum Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold beträgt das Aufgeld für Februar 1920 900 vom Hundert.

Neues Verbrechen der Franzosen.

Amiens, 28. Januar. Das Kriegsgericht in Amiens verurteilte den deutschen Ingenieur Emil Zutter zu fünf Jahren Festungshaft. Zutter hatte für die von demselben Kriegsgericht verurteilten Gebrüder Röchling eine Fabrik in Longwy geleitet.

Ausland.

Streikdrohung der Assistenzärzte in den Wiener Kliniken.

Wien, 28. Januar. Wiener Korr.-Büro. Wie verlautet, haben die Assistenzärzte der Wiener Kliniken beschlossen, wenn ihre Forderungen bis zum 1. Februar nicht erfüllt seien, die Kliniken zu verlassen und damit sowohl den Unterricht wie den Spitalbetrieb einzustellen. Die ungewöhnliche Streikdrohung hat ihren Grund keineswegs in nicht erfüllbaren Forderungen, denn die Forderungen der Aerzte wurden von allen in betracht kommenden Stellen anerkannt, doch scheiterte die Verwirklichung ihrer Ansprüche immer an Kompetenzstreitigkeiten über die Kostenfrage.

Die Wahlen in Ungarn.

Budapest, 28. Januar. Ungarisches Tel.-Korr.-Büro. Die am Sonntag und Montag stattgehabten Wahlen zur Nationalversammlung sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Bis gestern abend lagen folgende Wahlergebnisse vor: 47 Christlich-Nationale, 37 Kandidaten der Partei der kleinen Landwirte, 4 Demokraten und 2 Parteilose. 60 Wahlergebnisse fehlen noch. In einem Budapester Wahlkreise siegte Kriegsminister Friedrich über den ehemaligen Ministerpräsidenten Wekerle. Von 22 Budapester Mandaten entfielen 15 auf die Christlich-Nationalen, 4 auf die Demokraten; in 3 Budapester Bezirken findet Stichwahl statt.

Japanische Verstärkungen in Sibirien.

Annapolis, 28. Januar. Funkspruch. Einer Meldung aus Tokio zufolge sagte der Premierminister Hara, japanische Verstärkungen für Sibirien seien notwendig, um den Tschechen Beistand zu leisten, die Eisenbahnen zu bewachen und die japanischen Besatzungstruppen zu sichern.

Aus der demokratischen Bewegung.

Schönebeck, 27. Jan. Unsere Stadt hatte am Montag gleich zwei Mitglieder der Nationalversammlung in ihren Mauern. In einer U. S. P.-Versammlung sprach Frau Luise Zietz, während im Landhause der demokratische Abgeordnete Delius-Halle vor überfülltem Saal unter großem langanhaltenden Beifall sprach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200129014/fragment/page=0002

Halle und Umgegend.

Halle den 29. Januar 1920.

Der Bürgerverein „Süd und West"

hielt am 26. im Bäckerinnungshaus eine Monatsversammlung ab. Den Hauptverhandlungsgegenstand bildete ein Vortrag über „Ein neues Siedlungsprojekt im Westen der Stadt". Als Vortragender war Herr **Lange**, der 2. Vorsitzende des „Gemeinnützigen Siedlungsvereins Neu-Halle", von dem diese Siedlungsbestrebungen ausgehen, gewonnen worden. In seinen einleitenden Worten wies der Vortragende auf den allgemeinen Zweck und den hohen Wert der Bestrebungen hin; sie wollen mithelfen, die Sehnsucht nach einem eigenen Heim zu befriedigen und den kulturellen Aufstieg zu fördern. Die Nationalversammlung habe bereits 1½ Milliarden Mark für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt, doch sei bis jetzt wenig geschaffen worden. Augenblicklich käme es auch darauf an, die herrschende Wohnungsnot beseitigen zu helfen, unter der auch Halle sehr leide; fehle es doch in unserer Stadt an 9000 Wohnungen. In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner auf das in Frage kommende Gelände und auf die Anlage selbst ein. Als Siedlungsgebiet sei die Gegend **hinter der Irrenanstalt Nietleben**, westlich der Prachtstraße bis fast zur Heide hin in Aussicht genommen. Die Stadt sei Eigentümerin dieses Geländes, doch liege es in der Gemarkung Nietleben. Aus diesem Umstande ergebe sich eine gewisse Schwierigkeit in der Ausführung des Projekts; es müsse eben zunächst die Eingemeindungsfrage gelöst werden. Gedacht sei der **Bau von Einfamilienhäusern, denen mindestens 800 Quadratmeter Nutzungsland beigegeben** werden sollen. Das kleinste Heim werde etwa 20 000 Mark Kosten verursachen, die zur Hälfte durch Staatszuschüsse gedeckt würden.

In der Besprechung wurden verschiedene Anfragen laut; im übrigen beschloß man, in einer späteren Sitzung auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Sodann legte der Vorstand einen neuen Satzungsentwurf vor; er soll in der nächsten Versammlung zur Beratung und Beschlußfassung gebracht werden.

Zu der Frage der **Elternbeiräte** machte der Vorsitzende, Mittelschullehrer **Bogen**, längere Ausführungen, in denen er auf Zweck, Aufgabe und Bedeutung dieser neuen Einrichtung einging. Er erklärte, daß es sich hier um eine wichtige Sache des gesamten Bürgertums, einschließlich der Arbeiterschaft, handle.

In bezug auf die **Uebernahme der Kinos in städtische Regie** war man geteilter Meinung; einig war man sich in der Forderung, daß die Lichtspielhäuser einwandfreie Films bieten müßten, damit durch sie die Volksmoral nicht gefährdet, sondern gefördert werde; als wirksamstes Mittel wurde eine Reichszensur empfohlen.

Bedauert wurde, daß infolge des Berliner Metallarbeiterstreiks die **städtische Wassergasanlage** noch nicht fertig gestellt werden konnte; die Ausführung dieser Anlage war seiner Zeit einer Berliner Firma übertragen worden.

Freudig begrüßt wurde es, daß durch die neueste Veränderung in der Linienführung der Straßenbahn nun endlich eine direkte Verkehrsverbindung zwischen dem Süden und Norden der Stadt hergestellt sei. Von einer Seite wurde noch darauf hingewiesen, daß durch die allzu frühe Polizeistunde das Elektrizitätswerk doch eine erhebliche finanzielle Einbuße erleiden müsse.

Gegen die Abdeckerei-Privilegien.

Der Landbund der Provinz Sachsen und Anhalts hat sich veranlaßt gesehen, an die Preußische Landesversammlung, den Herrn Reichswirtschaftsminister und den Herrn Landwirtschaftsminister folgende Eingabe zu richten:

„In der Provinz Sachsen gibt es noch 6 privilegierte Abdeckereien, nämlich in Düben, Liebenwerda, Lützen, Torgau, Pretzsch und Langensalza. Diese noch aus dem Mittelalter stammenden Privilegien wurden schon vor dem Kriege als nicht mehr in die jetzige Zeit passend empfunden, und es schwebten deshalb seit langem Verhandlungen, sie abzulösen. Seit der Revolution ist es hiervon still geworden. Trotzdem das Fortbestehen der Privilegien bei den jetzigen ungewöhnlichen Preissteigerungen für Vieh und Häute zu einer durch nichts gerechtfertigten Bereicherung der augenblicklichen Inhaber der Privilegien führt. Die ländliche Bevölkerung versteht es nicht, wie die jetzige Regierung hier einzelnen Personen fortgesetzt derartige unverdiente Gewinne zufließen lassen kann, während sie sonst doch immer betont, daß jeder nur entsprechend seiner Arbeitsleistung entlohnt werden soll. Die Folge ist ein erschreckender Rückgang der Ablieferungsziffern in den Gebieten der privilegierten Abdeckereien und damit eine Steigerung der Seuchenverschleppungsgefahr in jedem Bezirke. Gerade der jetzige Augenblick, wo mit den nicht privilegierten Abdeckereien überall neue Verträge unter Berücksichtigung der jetzigen Preisverhältnisse abgeschlossen werden, dürfte für die Beseitigung dieser alten Privilegien besonders geeignet sein.

Wir bitten daher, für sofortige gesetzliche Ablösung der noch bestehenden Abdeckerei-Privilegien zu sorgen."

Fahrplan-Angelegenheit. Vom 26. Januar ab verkehren wieder die Schnellzüge 4 und 7 auf der Strecke Berlin—Hamburg an allen Werktagen. Der Gang ist auf Seite 93 des Allgemeinen Mitteldeutschen Fahrplanbuches genau angegeben. — Zur Ermöglichung der Kontrolle der Reisenden nach und aus dem **Abstimmungsbezirk Nordschleswig** einerseits von seiten der deutschen Regierung und andererseits von seiten der internationalen Kommissionen in Flensburg werden größere Aufenthalte auf den Bahnhöfen Langenhorn (20 und 40 Minuten), Jübek (30 und 40 Minuten), Barderup (30 Minuten) und Husby (20 und 40 Minuten) erforderlich. Es kommen hierbei die Strecken Tondern—Langenhorn, Tondern—Hoyerschleuse, Flensburg—Husby, Flensburg—Sonderburg und Flensburg—Neumünster in Betracht.

Kriegsunterstützung an Angehörige von Mannschaften, die als gefangen, vermißt oder interniert gelten. Amtlich wird mitgeteilt: Alle Angehörigen von Mannschaften, die aus den Rechten Gefangener, Vermißter oder Internierter noch Kriegsunterstützung beziehen, haben dem zuständigen Armenpfleger binnen 4 Wochen neue Nachweise darüber vorzulegen, daß der Betreffende noch als gefangen, vermißt oder interniert gilt, da sonst die Kriegsunterstützung nicht weiter gezahlt werden kann. Außerdem wird den Unterstützungsempfängern nochmals zur Pflicht gemacht, alle Aenderungen in den Verhältnissen, die eine Ermäßigung oder den Wegfall der Unterstützung zur Folge haben, wie Rückkehr aus der Gefangenschaft, Erlangung von Arbeitsverdienst usw., der Zahlstelle sofort mitzuteilen. In Fällen, in denen der Einberufene länger als 6 Monate als vermißt gilt, ist der Kriegsunterstützungs-Kommission unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Unsere in japanische Gefangenschaft geratenen Landsleute sind bereits zum großen Teil wieder nach der Heimat unterwegs und werden voraussichtlich in Wilhelmshaven landen. Dorthin können ihnen Postsendungen entgegengesandt und Gelder mittels Postanweisung überwiesen werden. Die Sendungen an die heimkehrenden Heeresangehörigen werden wie Sendungen an Militärpersonen im innerdeutschen Postverkehr behandelt und genießen auch die dafür geltenden bekannten Gebührenermäßigungen. Für Sendungen an heimkehrende bürgerliche Gefangene gelten die Vorschriften des allgemeinen Verkehrs.

Die bisherigen Beschränkungen im Postauftrags-, Nachnahme-, Postanweisungs-, Zahlungsanweisungs-, Zahlkarten-, Wertbrief- und Wertpaketverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und der Rheinpfalz (ausschl. des zum Saargebiet gehörigen Teils) sind bis auf weiteres weggefallen, sodaß dieser Verkehr von jetzt an nach den allgemeinen deutschen Bestimmungen stattfindet.

„Vinarium", e. V. Nächste Sitzung ist Freitag, abends 7½ Uhr, in Bauers Restaurant, Rathausstr. 8. Vortrag des Herrn Schortmann über „Schildkröten"; Verlosung. Gäste sind willkommen.

Kartoffelland. In der Umgebung wird jetzt schon von größeren Gütern Kartoffelland vergeben. Für gepflügten, also zum Stecken völlig zurecht gemachten Acker, wird pro Morgen 200 Mk. verlangt. **Die Nachfrage nach Kartoffelland ist wiederum groß.**

Hochschulnachrichten.

Ernennungen. Wie wir hören, wurden ernannt: Prof. Dr. Alfred **Kühn**, Privatdozent in Berlin, zum ord. Prof. der Zoologie in Göttingen anstelle von Geh.-Rat Ehlers. Prof. Dr. Richard **Courant**, Privatdozent in Göttingen, zum Ordinarius der Mathematik in Münster als Nachfolger Killings; der Leipziger Privatdozent Dr. iur. Guido **Kisch** zum ord. Prof. in Königsberg, als Nachfolger von Prof. Schmidt-Rimpler; Prof. Dr. Richard **Edler von Mises** in Dresden zum Ordinarius der Mathematik an der Universität Berlin als Nachfolger Knopps; ferner wurde der Mathematiker ord. Prof. Dr. Heinrich **Jung** in Kiel in gleicher Eigenschaft nach Halle als Nachfolger Wangerins versetzt. Der a. o. Prof. Dr. med. Karl **Jasper** an der Universität Heidelberg ist vom 1. April 1920 ab zum etatsmäßigen a. o. Prof. der Philosophie daselbst ernannt worden; der Architekt Heinrich **Müller-Erkelenz** in Cöln ist zum Professor ernannt worden. Müller-Erkelenz, der soeben die Schwelle der 40iger überschritt, hat eine Reihe hervorragender öffentlicher und privater Bauten geschaffen, die ihm schon heute einen ersten Platz unter den deutschen Architekten der Gegenwart einräumt. Er ist Schüler von Gabriel v. Seidl.

Literarisches.

Hötzendorf, der Retter Berlins und andere „Enthüllungen" von Oberleutnant **Emil Seeliger**, ehemaliger Preßreferent in der Marinesektion des Kriegsministeriums. Verlag für Technik und Industrie, Leipzig und Wien. 1. bis 10. Tausend. — In der wüsten Menge von Kritiken, Erinnerungen und Enthüllungen über die Ursache, den Fortgang und das verhängnisvolle Ende des Weltkrieg genannten Völkerringens eine wohltuende Oase! — Mit sachlicher Begründung und prägnanter Logik bietet der bekannte Militärschriftsteller Oberstleutnant Seeliger in einer Reihe der wichtigsten Geschehnisse einen unparteiisch klaren Einblick hinter den dichten Schleier, der die eigenmächtige Tätigkeit Unverantwortlicher und Unnahbarer verhüllte und macht plötzlich eingebrochene Katastrophen begreiflich. Die russische Dampfwalze, die unerwartet nach Galizien rollte, der verlorene Sieg an der Marne, der Verlust des mittelländischen Meeres finden ihre Erklärungen in kleinlichen Ursachen, in unglaublichen Beweggründen, in Regungen persönlichen Ehrgeizes in dem unheilvollen Wirken der ewig bestehenden Kamarilla. Das Buch führt in seinem letzten Kapitel und dem Schlußwort mit erschreckender Wahrhaftigkeit streng logisch die Gründe des Zusammenbruches vor unsere Augen! Es ist ein aufklärendes historisches Dokument für jeden Zeitgenossen und für kommende Geschlechter.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 65. Fernruf 4520.

Provinzial-Nachrichten.

Dölau, 28. Januar. (**Bei der gestrigen Holzauktion**) in Leißners Waldhaus wurden enorm hohe Holzpreise gezahlt. So kostete ein Kubikmeter Brennholz bis 75 Mk. und ein Kubikmeter Nutzholz 400—500 Mk. und noch darüber. Es waren dazu viele Großhändler aus Halle, Magdeburg und anderen Orten erschienen.

— **Merseburg**, 28. Januar. (**Einigung im Bauarbeiterstreik des Leunawerks.**) Verhandlungen fanden vorgestern in Müllers Hotel statt. Vertreten waren die bauenden Firmen auf den Leunawerken, die Arbeitgeberverbände im Hochbau- und Tiefbaugewerbe und die Arbeitnehmerorganisationen unter dem Vorsitz eines Beamten vom Tarifamt Halle. Es wurde eine Einigung erzielt, mit dem Ergebnis, daß der Stundenlohn für die Facharbeiter im Bau- und Metallgewerbe auf 3,45 Mk. festgesetzt wurde. Der Lohn für die nichtgelernten Arbeiter ist um etliches geringer. Gestern beschäftigten sich die streikenden Arbeiter in Versammlungen. Sie stimmten den Abmachungen zu. Die Arbeit ist am heutigen Mittwoch wieder aufgenommen. Ueber Lohnstaffelungen und Wiedereinstellung der Maler und Zimmerer des Werkes gehen die Verhandlungen fort.

Gerbstedt, den 28. Januar. (**Stadtverordneten-Sitzung.**) In der Sitzung, der ersten im neuen Jahre, fand bestimmungsgemäß die **Wahl des Büros** der Stadtverordnetenversammlung statt. Gewählt wurden zum Vorsteher: A. Trümpler (U. S. P.), zu dessen Vertreter: Rosenberg (U. S. P.), zum Schriftführer: Breitenbach (Mehrheitssozialist), zu dessen Vertreter: Tacke (Mehrheitssozialist). Der bisherige Vorstand ist mithin wiedergewählt. Hierauf folgten einige geschäftliche Mitteilungen des Vorstehers Trümpler. So gab dieser u. a. bekannt, daß von der Aufstellung des Haushalts-Etats für 1920 vorerst abgesehen werden müsse, da die hierfür zu erwartenden Richtlinien der Staatsregierung noch nicht vorliegen. Bekanntlich kommen die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer durch die Gemeinden fortan in Wegfall. Seine weitere Mitteilung, daß die Kreisverwaltung auf Anregung und Betreiben unseres Bürgermeisters Sonnenberg speziell den Städten und Industriegemeinden Zuschüsse zur Kriegswirtschaft zugebilligt habe, löste bei der Versammlung große Freude aus. Der Betrag, der auf Gerbstedt entfalle, betrage 12012 Mk. Der Vorsteher gab weiter bekannt, daß es dem Bürgermeister außerdem gelungen sei, die Kreisverwaltung zur Erstattung von 1275,22 Mk., welcher Betrag vor einigen Jahren für Fleischkarten von der Stadtverwaltung zu Unrecht verausgabt sei, zu bewegen. Die Stadtgemeinde erhalte demnach vom Kreise insgesamt 13 287,23 Mk. Hierfür gebühre dem Bürgermeister Anerkennung und Dank, welch letzteren er im Namen der Versammlung dem anwesenden Bürgermeister abstattete. — Der Magistrat hält eine Beteiligung der Stadtgemeinde an der provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaft nicht für angezeigt. Die Stadtverordnetenversammlung ist derselben Ansicht. — Der Antrag der Anwohner der unteren Gerbstedter Straße auf Anbringung von Straßenbeleuchtung wurde genehmigt. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte, zu der die Erklärung eines Vorstandsmitgliedes der Elektrizitäts-Genossenschaft, daß die Ausführung des beantragten Anschlusses mit Rücksicht auf die Ueberlastung des Netzes z. Zt. unausführbar sei, Anlaß gab. Die Versammlung beschloß nichtsdestoweniger die Ausführung und im Anschluß hieran zugleich die **baldige Kommunalisierung der gesamten hiesigen Elektrizitätsanlage**. Entgegen wurde weiter ein Antrag auf Pflasterung der Mansfelder Straße trotz der jetzt dafür aufzubringenden hohen Kosten.

)(**Roßlau**, 24. Januar. (**Unter dem dringenden Verdacht**) ihren Ehemann ermordet zu haben, wurde auf Ersuchen einer auswärtigen Staatsanwaltschaft die verwitwete **Witwe K. von hier verhaftet.**

!! **Magdeburg**, 28. Januar. (**Kein Sympathiestreik der anderen Eisenbahnwerkstätten.**) In der Versammlung der Salbker Eisenbahn-Werkstättenarbeiter, die von etwa 500 Arbeitern besucht war, beschloß man, die in der Eisenbahnwerkstätte Salbke noch tätigen etwa 80 Beamten durch Ausstellung von Streikposten an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu verhindern. Von der Sicherheitswehr, die die Werkstätte noch bis auf weiteres besetzt hält, sind alle Maßnahmen getroffen, um diese Absicht der Arbeiter zu verhindern. Der Versuch, die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Magdeburg und Buckau zu einem Sympathiestreik zu bewegen, kann als gescheitert angesehen werden. Die Arbeiter dieser Werkstätten haben erklärt, weiter arbeiten zu wollen.

(.) **Secheren**, 28. Jan. (**Glänzendes Geschäft.**) In der benachbarten Flur Mühlberg haben drei Hamsterfänger seit Oktober über 29 000 Hamster zur Strecke gebracht. Ein einzelner Mann fing in diesem Zeitraume über 10 000 Stück. Da für ein Hamsterfell heute 5 Mk. gezahlt und auch das Hamsterfleisch verkauft wird, so kann man sich leicht ausrechnen, was der Beruf des Hamsterfängers jetzt einbringt.

)(**Ludwigsstadt**, 28. Jan. (**Kirchenraub.**) In der Nacht zum Sonntag erbrachen Diebe die Kirche zu Windheim und raubten u. a. die Monstranz, zwei Speisekelche, zwei Kruzifixe, eine Altardecke und einige Leuchter. Was den Dieben sonst noch in die Hände fiel, kann bis jetzt noch nicht festgestellt werden, da die Kirche einstweilen bis zum Eintreffen eines Polizeihundes geschlossen bleiben soll.

? **Seesen**, 28. Januar. (**Eine unangenehme Ueberraschung**) wurde bei einer hier dieser Tage im Wilhelmsbad stattgehabten Maskerade einem Festteilnehmer zuteil. Nach der Demaskierung faßte ihn plötzlich der Gerichtsvollzieher, um ihn in einem Nebenzimmer seiner Barschaft im Wege der Pfändung zu entledigen.

() **Sonneberg**, 28. Januar. (**Maskenzug.**) Der erste Bürgermeister Kramer hat im Schulvorstand die Anregung gegeben, in diesem Jahre wieder den hier früher so beliebten Maskenzug der Kinder zur Faßnacht zu veranstalten. Der Schulvorstand hat dieser Anregung zugestimmt. Einige Lehrer haben sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß bestimmte Ideen dabei zum Ausdruck kommen. In erster Linie denkt man daran, daß in Verbindung mit der hiesigen Industrie bestimmte Gruppen zusammengestellt werden, die möglichst originell und künstlerisch wirken soll. Man hofft durch diese Veranstaltung Sonneberg mehr noch als bisher, als Anziehungspunkt für die nähere und weitere Umgebung zu gestalten.

Vermischtes.

Wasserdurchbruch auf einem Schacht.

WTB. **Dortmund**, 28. Januar. Auf der Zeche Schürbank-Charlottenburg in Aplerbeck ist infolge Wasserdurchbruchs die **ganze Nachtschicht an der Ausfahrt behindert**. Die Morgenschicht konnte nicht einfahren. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

WTB. **Dortmund**, 28. Jan. Die ganze Nachtschicht der Zeche Schürbank-Charlottenburg, 96 Mann, die infolge Wasserdurchbruchs seit heute morgen 4½ Uhr von der Außenwelt abgeschnitten war, ist nach zehnstündiger Rettungsarbeit um 3 Uhr nachmittags **glücklich gerettet** worden. Der Betrieb ruht vorläufig auf der Zeche. Die Belegschaft wird auf den benachbarten Zechen untergebracht.

Kommerzienrat August Schultze †. In Hamburg ist der Vorsitzende des Deutschen Nautischen Vereins, Geheimer Kommerzienrat August Schultze, Direktor der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffahrtsgesellschaft nach kurzer Krankheit entschlafen.

In Tegel spukts. „Wir sind so klug, und dennoch spukts in Tegel." In Tegel, das durch Goethes „Faust" den zweifelhaften Ruhm eines Spukortes hat, ist es noch heute nicht geheuer. Auf Tegeler Gebiet im Walde nahe der Humboldt-Mühle, steht ein einsames Haus, die „Spukvilla" genannt. Es soll dort vor Jahren ein Mord begangen worden sein und nächtlicherweile sollte es „umgehen". Infolge dieses unheimlichen Rufes war das Haus schwer vermietbar und wurde von den Umwohnern gemieden. Dem Bewohner der Villa scheint dies aber nicht unangenehm gewesen zu sein, denn, wie sich jetzt herausstellt, hatte er Ursache, die Oeffentlichkeit zu scheuen. Die Polizei hatte beobachtet, daß nachts ein reger Verkehr in dem Hause herrschte, und sie stellte alsbald fest, daß sich ein großes Schieber- und Hehlerwarenlager darin befand, das einem Russen Eli Solokoffski in Berlin gehörte. Er wurde verhaftet, als er im Begriff war zu „verreisen". Der schlaue Russe soll übrigens den Gerüchten, daß es in der Villa spuke, dadurch Nahrung gegeben haben, daß er im Keller ein Grammophon aufgestellt hatte, das von Zeit zu Zeit schauerliche Töne von sich gab.

Die Errichtung eines stenographischen Landesamts in Braunschweig ist geplant. Es sollen zwei planmäßige Stellen für Stenographen geschaffen werden, die die Amtsbezeichnung „Landesrat" erhalten sollen. Die Kosten belaufen sich insgesamt auf 35 320 Mark. Das Gehalt der Stenographen soll auf 6000 Mark bemessen und ein Wohnungsgeld von 660 Mark gewährt werden. **Das Gehalt soll bis auf 7200 Mark steigen.**

Böse Hochwasserfolgen. Der Bahnbetrieb auf der Strecke Dannenberg Ost—Dannenberg West ist auf etwa vierzehn Tage wegen Hochwasser eingestellt.

Großfeuer in einem Wiener Kaffeehaus. Im dritten Kaffeehaus in Prater brach Sonnabendnachmittag, wie aus Wien gemeldet wird, infolge der Schadhaftigkeit des Kamins Feuer aus, das großen Umfang annahm. Im großen Saal, in dem eine Veranstaltung eines alpinen Vereins stattfinden sollte, hatten sich zur Zeit des Ausbruches des Brandes etwa 60 Personen eingefunden, die jedoch noch rechtzeitig den Saal verlassen konnten. Das ganze Gebäude ist den Flammen zum Opfer gefallen.

Der Chef der Geheimpolizei als Verbrecher. Der Chef der Klausenburger Geheimpolizei Adalbert Moritz ist wegen verschiedener Diebstähle, Erpressungen und anderer Verbrechen verhaftet worden.

In das Bismarckmuseum in Schönhausen an der Elbe, das erst vor einiger Zeit von Einbrechern heimgesucht worden war, sind wieder Einbrecher eingedrungen, wobei sie reiche Beute machten. Was im einzelnen gestohlen worden ist, steht noch nicht fest. Die dortige Polizei hat die Berliner Kriminalpolizei von dem Einbruch verständigt und um Unterstützung gebeten. Kriminalinspektor Borberg hatte sogleich einen Beamten im Flugzeug dorthin entsandt.

Einen ganzen Dampfer verschieben wollten drei Gauner in Emden. Es handelte sich um einen Schleppdampfer der Reederei P. W. Wessels in Emden, der für 800 000 Mk. nach Holland verschoben werden sollte. Die Spitzbuben sind ein Holländer, ein angeblich aus Bremerhaven stammender Mann und eine Frauensperson, die sich in ihrer Begleitung befand. Man war an den Steuermann des Wesselschen

Dampfers herangetreten, um ihn für den Plan zu gewinnen, indem man ihm eine hohe „Vergütung“ versprach. Dieser ging auch anscheinend darauf ein, meldete aber dem Besitzer den Vorfall, der ihn dann der Polizei unterbreitete. Dieser gelang es dann auch, die Spitzbuben rechtzeitig dingfest zu machen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Wollversteigerung in Halle.

Am Mittwoch fand im großen Saal des Wintergartens die erste Wollversammlung des Wollverwertungsverbandes (e. V.) Berlin nach dem Kriege statt. Der Verband ist die Interessenvertretung der meisten deutschen Landwirtschaftskammern und Schafzüchtervereinigungen. Zahlreiche Käufer aus allen Teilen des deutschen Reiches waren erschienen; ungefähr 500 Personen füllten den Saal und die Kauflust war recht rege. Größere Posten Wolle wurden nach Berlin, Leipzig, Aachen, Bernburg, Braunschweig und Crimmitschau verkauft.

Der eigentlichen Versteigerung ging eine Begrüßungsrede des Kommerzienrats Steiger, des Vorsitzenden des Wollverwertungsverbandes, voraus. Er führte aus, daß sich Wollversteigerungen schon im Frieden, wo sie in Berlin und Güstrow stattfanden, bestens bewährt haben. Eine Anzahl in Züchterkreisen bekannter Persönlichkeiten waren erschienen, unter anderen Prof. Frölich an der hiesigen Universität, Dr. Wilsdorf, Geschäftsführer des Wollversteigerungsverbandes, Oekonomierat Schünemann vom Norddeutschen Schäferbund und Assessor a. D. Schlonge vom gleichen Verbande. Geleitet wurde die Versteigerung selbst von dem Geschäftsführer der Wollgesellschaft Nobiling.

Die um 1 Uhr begonnene Versteigerung wickelte sich glatt ab; kurz nach 6 Uhr konnte sie geschlossen werden. Im ganzen waren 4300 Zentner Wolle zum Verkauf gestellt, die auf 453 Lose verteilt waren. Die Preise schwankten im allgemeinen je nach dem Umfang und der Qualität des einzelnen Loses zwischen 3200 und 4000 Mark für je 50 Kilo netto. Das Höchstgebot betrug 4400 Mk., während das Niedrigste sich auf 3000 Mk. stellte. Am häufigsten ergab sich ein Preis von 3500 Mk. Nur geringe Posten Wolle blieben unverkauft, da der gebotene Preis den Verkäufern zu niedrig erschien. Klunkern, die zuletzt verkauft wurden, erbrachten 110 Mk. je 50 Kilo. Am Schluß der Versteigerung wurde bekannt gegeben, daß am 11. Februar in Hannover die nächste Wollversteigerung stattfindet. +

Valutasturz und Getreidepreise.

Die Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats schreibt in ihrem Wochenbericht: Der neue unerhörte Sturz unserer Valuta und die Knappheit der zur Verfügung stehenden Devisen machten ein weiteres Einfuhrgeschäft unmöglich. Das machte sich in erster Reihe für Hülsenfrüchte fühlbar, aber auch Angebote von ausländischem Brotgetreide stellen sich gegenüber den seither gezahlten enormen Preisen noch so viel höher, daß sie gar nicht in Betracht kamen. Die inländischen Zufuhren von Brotgetreide bei den Mühlen sind noch verhältnismäßig spärlich und die Bestände sind wenig umfangreich. Neuerdings werden jedoch vermehrte Andienungen gemeldet, so daß man annehmen darf, daß die Ablieferungen nun bald reichlicher fließen. Die Preise für die im freien Verkehr befindlichen Bodenfrüchte haben auch in der abgelaufenen Berichtswoche weiter angezogen. Im übrigen blieb für Hafer das Aufhören der Lieferungen aus den nunmehr besetzten östlichen Gebieten auf die Marktlage nicht ohne Einfluß. Für gute inländische Erbsen hielt die Nachfrage der Gemeinden an, ebenso wurden Peluschken vermehrt begehrt. Ackerbohnen wurden gesucht, um dem Mangel an Speisebohnen abzuhelfen. Auch zu Saatzwecken zeigte sich für alle diese Hülsenfrüchte Bedarf, ebenso für Serradella und Lupinen, die auch zu Futterzwecken viel gekauft wurden. Die Preisbewegung war allgemein nach oben gerichtet. Für Hafer wurden an der Berliner Produktenbörse am 26. Januar für 1000 Kilo auf sofortige Abladung 3300 bis 3400 Mk. amtlich notiert gegen 3040 bis 3080 Mk. in der Vorwoche.

Preiserhöhungen für Eisen- und Drahtfabrikate.

Der Verband Deutscher Achsenwerke in Hagen i. W. und der Verband Deutscher Patentachsen-Werke erhöhten mit Wirkung vom 24. Januar die Grundpreise für Achsen um 150 Mk. pro 100 Kilogramm; konische Schmierachsen wurden für Händler mit einem Aufschlag von 1100 Prozent gegen bisher 750 Prozent auf die Garniturpreise festgesetzt.

Entgegen anderweitigen Mitteilungen wird aus dem Rheinlande gemeldet, daß das Hufeisensyndikat die Verkaufspreise um 350 Prozent pro 100 Kilogramm erhöht hat, sodaß z. B. im rheinisch-westfälischen Bezirk der Verkaufspreis für Händler 727,50 Mark pro 100 Kilogramm Grundpreis beträgt.

In Düsseldorf sind in der letzten Mitgliederversammlung der Drahtkonvention folgende Preisfestsetzungen beschlossen worden: gezogener, blanker Draht 400 (265) Mk., Schrauben- und Nietendraht (durch Holz gezogen) 455 (270) Mk., verzinkter Draht 480 (296) Mk., Stacheldraht 525 (327) Mk., Sprungfedern 480 (300) Mk., Drahtstifte 470 (220) Mk. Die Preise gelten bis auf weiteres ab 1. Februar für 100 Kilogramm.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 28. Januar. Die aus dem Auslande gemeldete erstmalige leichte Besserung des Markkurses, mit der auch ein Zurückgehen der in den letzten Tagen so sprunghaft gestiegenen Preise für ausländische Banknoten und Zahlungsmittel Hand in Hand ging, bewirkte an der Börse eine gewisse Ernüchterung, besonders für Valutawerte. Dies gilt namentlich für Kanada und Baltimore, die ungefähr 30, und für Schantung, die 35 Prozent, sowie für Deutsch-Uebersee-Elektrische, die ungefähr 20 Prozent im Kurse zurückgingen. Auch türkische Werte waren zunächst etwas schwächer veranlagt, wogegen Mexikaner mäßig weiter stiegen. Die rückläufige Bewegung für amerikanische Bahnaktien und Schantung hielt auch späterhin an. Kolonialwerte wurden auch in Mitleidenschaft gezogen, wie Neuguinea, Otavi und Sloman, dagegen erzielten Deutsche Kolonialanteile und Pomonaaktien neue Höchstkurse, ohne allerdings diese ganz behaupten zu können. Sonst zeigte die Börse bei teilweise etwas stillerem Geschäft wieder recht feste Grundstimmung, und zwar besonders in Montanwerten bei Erhöhungen von 4—14 Prozent, für Farbwerte mit solchen von 5 bis vereinzelt 25 und für Elektrowerte mit solchen von 5 bis vereinzelt 20 Prozent. Spezialwerte setzten ihre steigende Kursrichtung mit Besserungen bis zu 10 Prozent fort. Schiffahrtswerte waren dagegen vernachlässigt und teilweise etwas schwächer. Heimische Anleihen neigten zur Schwäche, österreichische und ungarische waren nur wenig verändert.

Produktenbericht.

Berlin, 28. Januar. Nach Feststellung der amtlichen Hafernotizen sind die Preise gestern noch ganz erheblich gestiegen. Heute war die Tendenz zwar wiederum fest, das Angebot aber klein, sodaß die Umsätze gering waren. Für Hülsenfrüchte bleibt die Preisbildung unverändert sehr fest. Ackerbohnen und Peluschken wurden nach wie vor viel gefragt. Lupinen sind zu Futter- und Saatzwecken bei höheren Preisen gesucht. Trockenschnitzel wurden wieder höher bezahlt.

Berlin, 28. Januar. Amtliche Notizen. Irländischer Hafer; (für 1000 Kilogramm in Mark): loko: ab Speicher frei Wagen 3700; sofortige Abladung 3600—3700. Tendenz sehr fest.

Devisenkurse.

Berlin, 27. Januar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	3646 50	3653.50	2497,50	2502,50
Dänemark	100 Kr.	1773 50	1776 50	1199,00	1201,00
Schweden	100 Kr.	1873 00	1877.00	1374 00	1376 00
Norwegen	100 Kr.	1748 00	1752.00	1269,00	1271 00
Schweiz	100 Fr.	1748.00	1752.00	1199 00	1201 00
Wien, altes		—,—	—,—	—,—	—,—
Oesterreich, abgest.		27.47½	27.52½	21.72½	21 77½
Prag		86.90	87.10	82 40	82 60
Ungarn		29 47½	29,52½	26.47½	26,52½

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund
Spanien Geld —,— Brief —,— für 100 Pesetas
Helsingfors 349,65 350,35 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. Die Deputation beschloß eine Ausbeute von 150 Mk. je Kux. Damit wird die von Leipzig noch in den letzten Tagen verbreitete Meldung, die Ausbeute werde nicht höher als 80 Mk. und 30 Mk. Bonus (wie im Vorjahr) ausfallen, widerlegt.

Die Lage der Porzellanindustrie hat sich im letzten Jahr überaus befriedigend gestaltet und es hält die günstige Weiterentwicklung in der keramischen Industrie weiter an, begünstigt durch die in allen Ländern nicht zu deckende Nachfrage nach Bedarfsartikeln. Für die Fabrikationsverhältnisse fällt besonders ins Gewicht, daß der Rohstoffbedarf fast ausschließlich im Inlande gedeckt werden kann und, soweit Bezüge an Kaolin in Betracht kommen, diese unschwer aus Deutsch-Böhmen bewirkt werden. Bei den für Deutschland verhängnisvollen Valutaverhältnissen bedeutet dies einen wichtigen Faktor in der Betriebsrechnung. Was die Brennstoffversorgung anbelangt, so macht sich der Kohlenmangel ebenso fühlbar wie in anderen Erwerbszweigen, wenn auch vielleicht nicht so empfindlich, da die Fabrikanlagen meist in waldreicher Gegend belegen sind und man zum Teil die Betriebe auf Holzfeuerung einzustellen verstanden hat. Der erhöhte Aufwand dafür findet durch die erzielten Preise genügenden Ausgleich. Reichliche Beschäftigung ist für das Porzellangewerbe auf Jahre hinaus gesichert, selbst wenn der normale Weltbedarf keine Steigerung erfahren sollte, da das Ersatzbedürfnis nach Fabrikaten innerhalb der verflossenen Kriegsjahre einen überaus großen Umfang angenommen hat. Nach alledem darf man in der keramischen Industrie und zwar auch den in der Chamotte- und Tonzengwerke guten Arbeitsergebnissen entgegensehen, falls nicht zunehmender Kohlenmangel und die Arbeiterverhältnisse beeinträchtigend einwirken.

Versteigerung von Wollabfällen in Leipzig. Die von der Zentralstelle der Wollhandelsgesellschaft m. b. H. vom 21. bis 23. Januar in Leipzig abgehaltene Wollabfallversteigerung brachte etwa 1300 Lose zum Angebot. Die Nachfrage war sehr rege, die Preise hoch. Ungefähr wurden bezahlt: für kurze Krempelabfälle, Pflugarsputz, Kammstaub 2—4 Mk. pro Kilo; Tuchabgänge, Rauhhaare, Wollhaare, Scherflocken, Stuhlwolle 50—200 Pf. pro Kilo; Gerberwolle 18—70 Mk. pro Kilo, je nach Qualität; gerissene Kunstbaumwolle 2—10 Mk.

Niederlausitzer Kohlenwerke. Zur Abdeckung der Bankschuld und sonstiger Verbindlichkeiten und zu der aus bekannten Ursachen nötigen Stärkung der Betriebsmittel beschloß der Aufsichtsrat die Aufnahme einer 4½ proz. mit 102 rückzahlbaren Obligationsanleihe von 15 Millionen Mark und, wie bereits am Sonnabend gemeldet, einer einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen auf 25 Mill. Mark vorzuschlagen. Die Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 4 zu 1 zum Kurse von 115 Prozent zum Bezuge angeboten werden.

Ilse Bergbau-Aktiengesellschaft, Grube Ilse N.-L. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat auf Antrag des Vorstandes beschlossen, einer auf den 18. Februar d. Js. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung eine Verdoppelung des Grundkapitals vorzuschlagen. Es wird beantragt werden, 15 000 000 Mark Stammaktien zu 110 Prozent und 7 500 000 Mk. Vorzugsaktien zu 100 Prozent auszugeben und den bisherigen Aktionären zu den genannten Preisen anzubieten. — Die letzte Kapitalserhöhung bei der Gesellschaft erfolgte im Jahre 1917, und zwar um 5 Mill. Mk. Stammaktien und 2,5 Mill. Mk. Vorzugsaktien zur Beschaffung der für die Fertigstellung des Bergwerks Erika erforderlichen Geldmittel. Die Stammaktien wurden zu 150 Prozent, die Vorzugsaktien zu 100 Prozent angeboten. An Dividenden wurden für die sechs Geschäftsjahre 1913 bis 1917 je 28 Prozent auf die Stammaktien und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien gezahlt, für 1918 22 Proz. bzw. 6 Proz. Für das abgelaufene Geschäftsjahr 1919 ist bekanntlich mit einer starken Verringerung der Dividende zu rechnen.

Nürnberger Hercules-Werke Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat bringt für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von wieder 16 Prozent in Vorschlag. Ferner wird bei der auf den 17. Februar einberufenen ordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 Mark auf 1 500 000 Mark und eine Reihe von Statutenänderungen beantragt. Die Gesellschaft verteilte auf das bisher unveränderte Aktienkapital von 1 Mill. Mark in den Jahren 1913/14—1917/18 0, 12, 12, 16 und 16 Prozent Dividende, während für 1918/19, wie oben gemeldet, wieder 16 Prozent in Vorschlag gebracht werden.

Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Die Gesellschaft eröffnet jetzt einen regelmäßigen monatlichen Liniendienst nach Brasilien und Laplata mit gecharterten Dampfern. Sie expediert von Hamburg Anfang Februar den skandinavischen Frachtdampfer „Fazen“, sodann den Dampfer „Haalbjorg“, beide mit etwa 7000 To. Tragfähigkeit, ferner den ebenfalls gecharterten Dampfer „Australic“ von Antwerpen nach Buenos Aires, der rund 7300 To. Tragfähigkeit hat; außerdem hat sie noch einen spanischen Dampfer gechartert, der auch Passagiere befördern kann. Damit ist die erste deutsche Linie nach Südamerika eingerichtet.

Hannoversche Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Akt.-Ges., in Linden vor Hannover. Das letzte Geschäftsjahr brachte auf Generalfabrikationskonto 178 015 (i. V. 120 886) M Gewinn. Nach Abschreibungen von 330 150 (69 000) M ergab sich ein Verlust von 152 134 M, um den sich die bestehende Unterbilanz auf 213 753 (69 000) M erhöht. Der Betrieb lag in der ersten Hälfte des Berichtsjahres vollkommen still. Milderten sich auch später die Schwierigkeiten im Rohstoffbezug etwas, so waren doch Kohlen nicht zu bekommen. Die Verwaltung hat aber alle Anstalten getroffen, um den Betrieb baldigst eröffnen zu können. Die Weitervermietung der seinerzeit für Militärzwecke frei gemachten Räume wurde eingestellt. Inzwischen wurden auch die notwendig gewordenen Reparaturen an Gebäuden und Anlagen ausgeführt. Die Abschreibungen sind mit Rücksicht auf den langen Stillstand der Werke so hoch bemessen worden. — In der Bilanz erscheinen u. a. Effekten mit 1,45 (i. V. 0,97), Debitoren mit 0,13 (0,20) und Kreditoren mit 0,14 (0,04) Mill. M.

Haunstetter Spinnerei und Weberei, Akt.-Ges., in Augsburg. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von 10½ (i. V. 5%) Prozent aus einem Reingewinn von 344 716 (158 473) M.

Kammgarnspinnerei Wernshausen. Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 24 Prozent auf die Vorzugsaktien und von 23 Prozent auf die Stammaktien vorgeschlagen. Die neuen Aktien nehmen voll an der Dividende teil. Im Vorjahre erhielten die Vorzugsaktien 22 Prozent und die Stammaktien 21 Prozent.

Berliner Pfandbrief-Amt. Die Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen Berliner Pfandbriefe, einschließlich der der Sicherheitsmasse und der Pfandbriefe des Institutes gehörigen Stücke, betrug insgesamt 291 277 950 Mk. (i. V. 283 116 800 Mk., und zwar 3 845 650 Mk. 3½ proz. alte (3 901 200 Mk.), 2 285 550 Mk. 4 proz. alte (2 412 000 Mk.), 1 164 000 Mk. 4½ proz. alte (1 161 000 Mk.), 517 050 Mk. 5 proz. alte (521 100), 8 074 200 Mk. 3 proz. neue (8 355 100 Mark), 108 586 700 Mk. 3½ proz. neue (111 056 400 Mk.), 166 804 800 Mk. 4 proz. neue (155 710 000 Mk.) Im letzten Jahre sind 257 Grundstücke zur Neu- und Nachbeleihung angemeldet worden. Von den auf diese Meldungen hin genehmigten Beleihungen sind 23 709 900 Mark noch nicht abgehoben, wobei zu bemerken ist, daß das Pfandbrief-Amt sich ein Jahr lang an die Beleihungsbewilligung gebunden hält, während der Grundstückseigentümer zur Abnahme der Pfandbriefe nicht verpflichtet ist.

Berliner Börse

vom 28. Januar 1920
(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4% / Dtsch. Schatzsch VI—IX	72,60
5% Dtsch. Reichsanl.	77,50
4% „ „	64,60
3½% „ „	58,50
3% „ „	63,10
4% Preuß. Konsols	62,25
3½% „ „	51,75
3% „ „	47,75
4% Charl. Stadtanl. 89/99	92,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	91,50
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	100,50
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	100,50
4½% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	28,80
4% Ungar. Goldrente	33,75
4% Ungar. Kronenrente	38,50
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	80,25
Halle-Hettstedter	75,50
Schantungbahn	540,00
Allg. Lokal-Str.	—
Gr. Berl. Str.	128,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	765,00
Orientbahn	430,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	151,00
Hambg. Südamerika	251,00
Hansa-Dampfschiff.	402,50
Nordd. Lloyd	174,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	141,25
Berl. Handelsges.	174,50
Commerz-Diskontobank	147,50
Darmstädter Bank	136,75
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	290,00
Diskonto-Comm.	2[illegible]4,00
Dresdner Bank	174 87
Leipzig. Credit-Anst.	159,87
Mitteld. Kreditbank	140,50
Mitteld. Privatbank	—
Nationalbank	137,25
Oesterr. Kredit	117,87
Reichsbank	146,75
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	277,00
Akt. f. Anilin	340,00
Allgem. Elektr. Ges.	33[illegible],00
Ammendorfer Papierfabrik	700,00
Anhalter Kohlenw.	—
Annaberger Steingut	310,00
Badische Anilin	—
Bergmann Elekt. Akt.	250,00
Berl Masch.-Bau	215,00
Bismarckhütte	343,50
Bochumer Gußstahl	320,00
Chem.-Fabr. Buckau	—

Chem Griesheim	295,00
Chem. Heyden	280,00
Consolidation Schalk	5[illegible]0,00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	241,00
Deutsche Luxemburg	237,75
Deutsche Uebersee-Elektr.	1000,00
Deutsche Erdöl	800,00
Deutsche Gasglühl.	5110,00
Deutsche Kali	415,00
Deutsche Waffen und Mun.	325,00
Donnersmarckhütte	339,75
Döring & Lehrmann	152,00
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	253,00
Elberfelder Farben	—
Felten & Guillaume	375,00
Gasmotoren Deutz	239,75
Gebhard & Co.	341,50
Gebhard & König	256,00
Gelsenkirchen Berg.	378,75
Glauziger-Zuckerfbk	439,00
Hallesche Maschfbk.	—
Hann. Masch.	—
Harpener Berg	380,00
Hasper Eisen	335,00
Hirsch Kupfer	830,00
Höchster Farbwerke	395,00
Hoesch Eisen u. Stahl	—
Hohenlohe Werke	205,00
Humboldt Masch.	—
Ilse Bergbau	8[illegible]0,00
Kahla Porzellan	55[illegible],00
Kaliw. Aschersleben	—
Körb sd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	197,00
Lauchhammer	—
Laurahütte	285,00
Linke & Hofmann	4[illegible]0,00
Ludwig Loewe & Co.	350,00
Lothringer Hütte	323,00
Mannesmannröhren	242,00
Masch.-Fabr Buckau	225,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	248,75
do Caro Hag.	—
do Kokswerke	—
Orenstein & Koppel	298,75
Phönix Berg	337,00
Rhein Metall-Vorz.	
Rhein. Stahlwaren	300,00
Riebeck. Montan	335,00
Rombacher Hütten	—
Rositzer Braunk.	275,00
Rositzer Zucker	22[illegible],00
Sangerhäuser Masch.	—
Hugo Schneider A.-G.	288,00
Schuckert & Co.	21[illegible],00
Siemens & Halske	—
Stettiner Cham.	275,00
Stettiner Vulkan	301,00
Stollberger Zinkh.	—
Strals. Spielkarten	—
Thale-Eisenhütte	384,50
Triptis Porzellan	—
Türk. Tabakregie	1222,00
Ver. Köln-Rottweiler	—
Ver Glanzstoff	1000,00
Wegelin & Hübner	204,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	—
Wittener Gußstahl	365,00
Wrede Mälzerei	124,75
Zeitzer Masch.	580,00
Zellstoff Waldhof	—
Otavi-Minen	—

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 28. Januar 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	230,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	—
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	196,00
Mansfelder Gewerkschaft	3050,00
Portland, Zementfabrik Halle	145,00
Prehlitzer Braunkohlen	1025,00
Priorit.	1325,00
	—

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: J. V.: Dr. Karl Baer; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200129014/fragment/page=0004
DFG